

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauer- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen



Ercheint wöchentlich am Sonnabend
Zugabezeit: vierteljährlich 2,18 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. Verantw. Redaktion: Dr. Friedr. Berlin-Charlottenburg
Redaktion und Expedition: Cecilia O. Z., Gröbelerstraße 6
Druck: Hermann Buchdruckerei Paul Gloger & Co., Berlin SW 68

Interessentenpreis:
Geschäftsverträge bitten die Geschäftsstelle Kolonnenstraße 14 Prenzlauer
Berg für Inserate: Montag früh 3 Uhr.

Mühlensarbeiter in Bayern!

Immer noch finden wir in der bayerischen Mühlenindustrie Mühlen, die bisher noch in keinem Tarifvertragsverhältnis stehen. Die Arbeiter einzelner Betriebe haben sich wohl in der letzten Zeit angeschlossen und sich dem Verbandsangehörigen, und sie wurden es gewiss nicht berufen, denn in manchen Betrieben konnten nennenswerte Verbesserungen erreicht werden. So wurden in letzter Zeit in Landshut, Wilschhofen, Rosenheim die Löhne wöchentlich um 8, 9 und 10 Mk. erhöht. Auch den Kutschern in den Landshuter Betrieben sind die Löhne in derselben Weise aufgebessert worden. Auch wurden ihnen für Sonntagsfüttern extra 8 Mk. gewährt. Die Ueberstundenätze sind ebenfalls den Verhältnissen angepasst worden.

Nun macht es sich aber bemerkbar, daß einige dieser bayerischen Großmühlen immer wieder versuchen, der Organisation den Weg abzugraben. Sie glauben den Verband dadurch auszuschalten, indem sie sich die Forderungen nur durch die Arbeiterausschüsse einreichen lassen beziehungsweise nur mit ihnen verhandeln. Da, wo nun die Arbeiterausschüsse auf der Höhe der Zeit stehen, werden die Herren Besitzer wohl oder übel die Organisation kaum mehr ausschalten können, aber immerhin wissen die Herren allzu gut, daß sie bei Verhandlungen ohne den Verband diese Arbeiterausschüsse mehr beeinflussen können, und wenn das eine oder andere dieser Arbeiterschutzmittel glaubt, die Wünsche und Beschwerden seiner Mitkollegen mit Nachdruck zu vertreten, so steht er immer in Gefahr, bei beliebiger Gelegenheit den Strohsack vor die Lüre geworfen zu erhalten. Darum ist es Aufgabe der Mühlenarbeiter jeder Kategorie, sich noch mehr wie bisher dem Verbandsangehörigen, um gemeinschaftlich mit Nachdruck die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern zu können.

In Bayern haben wir zwar keine eigentlichen Großmühlen, aber immerhin sind es schon ganz schöne Betriebe, wenn in einzelnen Mühlen wie in Landshut und Rosenheim mehr als 50 Arbeiter beschäftigt sind. Es kommen aber noch schöne Mittelbetriebe in Betracht, wo mehr wie 10 bis 15 Mann beschäftigt sind, dabei aber noch eine Reihe von kleineren Betrieben unter 10 Beschäftigten. Die Mühlen sind fast alle mit den neuesten Einrichtungen versehen, so daß gerade zur Zeit des Krieges immer wieder Verbesserungen und verbesserte Maschinen eingeführt wurden und noch werden.

Wenn man nach der einen Seite sieht, wie die Mühlenindustrie sich verbessert, um für die kommende Zeit allen Anforderungen gewachsen zu sein, so dürfen die Mühlenarbeiter noch viel weniger auf ihrem veralteten Standpunkt bleiben, sie müssen sich ebenfalls den Zeitverhältnissen anpassen. Organisation gegen Organisation muß die Parole sein. Es müssen unsere Arbeitskollegen jede Zeit und Gelegenheit dazu benutzen, jeden Mitarbeiter in der Mühle dem Verbandsangehörigen. Alle diese unnützen Ausreden, die der eine oder andere gebraucht: für ihn sei es nicht der Mühe wert, daß er noch beiträgt, weil er sonst nicht mehr lange da ist, sollen sich die Nichtorganisierten aus dem Kopfe schlagen, sondern sie sollen ebenfalls mithelfen, die Gesamtlage der Arbeiter zu verbessern. Was in dem einen Betrieb möglich ist, ist auch in den anderen Betrieben, wo noch keine tariflichen Verhältnisse bestehen, nicht unmöglich. Es soll sich keiner denken, daß, wenn er nicht organisiert ist, er besser steht wie der andere. Sagte doch erst vor kurzem ein Direktor einer bayerischen Großmühle: er sei auch organisiert, warum sollen nicht auch seine Arbeiter von demselben gesetzlichen Rechte Gebrauch machen.

Also, Kollegen, säumt nicht lange, und dieses kleine Opfer, das ihr für den Verband bringt, wird gewiss nicht nutzlos für euch sein. Ueberall in allen anderen gewerkschaftlichen Berufen ist eine rege Agitationsaktivität, warum sollen denn die Mühlenarbeiter sich nicht rühren? Die bayerischen Mühlen haben vor kurzem wieder einen höheren Lohn von 20 Mk. per Doppelzentner erhalten, diese Zulage verdanken sie ihrer geschlossenen Mühlenbesitzerorganisation. Wenn diese Herren nicht mehr durchgekommen sind mit ihrem Verdienst, so haben sie bei ihrer Begründung nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sie auch wieder höhere Arbeitslöhne bezahlen müssen. Nun werden aber die Mühlenarbeiter nicht aus freien Stücken eine den Verhältnissen ent-

sprechende Lohnaufbesserung erhalten, wenn sie sich nicht rühren, und die Mühlenarbeiter haben gewiss erst recht das Recht, ihre Lage zu verbessern.

Es gibt keine Zeit zu verlieren, und wenn der eine oder andere Arbeitskollege meint, jetzt zur Zeit des Krieges ist es nicht notwendig, daß er sich organisiert, weil er notwendig gebraucht wird, und wenn der Verband etwas erreicht, so genießt er dasselbe, so dürfen diese Kollegen nicht vergessen, daß viel leichter etwas erreicht werden kann, als das Erreichte zu erhalten ist. Wer weiß, was noch alles kommt, und deshalb heißt es vorbereiten, um das Erreichte nicht wieder sich nehmen zu lassen.

Darum müssen wir alle noch nicht organisierten Mühlenarbeiter dem Verbandsangehörigen. Tue jeder seine Pflicht und gewinne nur jeder ein Mitglied, und wir werden in kurzer Zeit ebenso stark dastehen wie die Mühlenbesitzer selbst.

**Auf, mutig in den Kampf getreten:
Für die Idee, die uns befeuert,
Sie macht uns alle zu Propheten,
Wenn auch der Rede Kunst uns fehlt.
Es muß ein Feuer uns entflammen,
Da dünkt sich keiner schwach und klein,
Ein gleich Gefühl führt uns zusammen,
Und jeder muß ein Kämpfer sein.**

D. Schrems.

Neue Wohnungsfragen.

Kriegswohnungsfragen stehen auf der Tagesordnung. In der ersten Zeit des Krieges gab es eine gewisse Not der städtischen Hausbesitzer. Viele Wohnungen wurden frei, die Vermieter hatten bittere Pillen zu schlucken. Leerstehende Wohnungen und Läden, Mietabzüge machten ihnen manche Sorgen. Das Blatt wandte sich aber nach und nach. Man sprach auf einmal von den Wohnungen, die fehlen werden, wenn die Krieger nach Hause kämen, wenn die einstweilen aufgelassenen Haushalte wieder errichtet und viele neue entstehen würden. Gebaut sei während des Krieges wenig worden. Es fehle für den nach Kriegsende zu erwartenden Bedarf vor allem an Zwei- und Dreizimmerwohnungen. Zum Beweis dessen wurde auf die Bedürfnisse hingewiesen, die sich nach der Beendigung des sechsjährigen Krieges geltend machten.

Zwischen dem Bedarf, der sich nach dem sechsjährigen Krieg geltend machte und dem nach diesem Krieg kommenden, muß ein gewaltiger Unterschied gemacht werden. Vier Jahre tobt der Krieg, die Verluste an Taten sind gewaltig. Viele Gebrechliche werden keinen eigenen Hausstand gründen können. Ein großer Teil der Gefallenen und der Gebrechlichen hätte wohl geheiratet und einen eigenen Hausstand begründet. So ist der Bedarf nach Wohnungen vermindert worden. Aber vier Jahre ist eine lange Zeit. In dieser Zeit, wo fast alle zwischen 18 und 48 unter den Waffen stehen oder standen, konnte nicht viel gebaut werden. Mit dem Augenblick nun, wo man an eine baldige Beendigung des Krieges glaubte, begann die Nachfrage nach passenden Wohnungen zu steigen. Dabei spielte stark die Befürchtung mit, keine passende Wohnung beim Kriegsende zu erhalten. Wie aber sollen die kommenden Wohnbedürfnisse befriedigt werden. Denn es gilt als sehr wahrscheinlich, daß der Zudrang nach den Städten und besonders den Großstädten nach dem Kriege stark wird.

Der Staat soll vorzorgen oder sich darum kümmern, daß die nötigen Wohnungen nach dem Kriegsende bereitgestellt werden, so sagen manche Wohnungspolitiker. Er soll Geld dafür hergeben. Eins ist nicht zu bestreiten: Zu sorgen hat der Staat dafür, daß ausreichende und gesunde Wohnungen bereitgestellt werden. Daß er selber Geld dafür hergeben muß, wird bezweifelt. Ludwig Schwinge wendet sich dagegen. Der Staat müsse bei so vielen zu erfüllenden Aufgaben streng rechnen. Es sei anzunehmen, daß die Wohnungsansprüche beim Eintritt der Friedensverhältnisse in andere Bahnen gelenkt werden. Der Staat dürfe nicht unangemessene Summen in Unternehmen stecken, deren dauernder Wert nicht gewährleistet werde. Wohl seien unzureichende Wohngelegenheiten selbst für kurze Zeit ein wichtiges Uebel ersten Ranges. „Über-

haben wir uns während des Krieges nicht auch in tausend anderen Dingen die größten Entbehrungen auferlegen müssen? Ob es nötig sei, daran zu erinnern, daß heute und schon seit Jahren für einen erheblichen Prozentsatz des deutschen Volkes der Schützengraben die einzige Wohngelegenheit darstelle?

Jeder erkennt, wo das hinaus will! Darauf gibt es nur eine Antwort: Was unter dem äußersten Zwang geschah und nötig ist, wollen wir nicht in etwas gemildert Form weiterführen. Der erste Dank an die Frontkämpfer und die, die in der Heimat selber viel entbehrt haben, darf unter keinen Umständen eine Zusammenpackung beim Wohnen sein. Alles, was dagegen getan werden kann, muß geschehen. Wir fordern Luft und Licht im Wohnwesen, gesundes und behagliches Wohnen; denn wir wissen, daß solche Anlagen sich lohnen.

Der Bürger, von dem Caliban spricht, würde sich bedenken, mit einem anderen seine Weibe zu teilen. Das will er auch sagen, indem er schreibt: Braucht der Geld ein eigenes Nest? Jeder Bürger überläßt ihm und seinem Eheeweibe freudig einen Teil der Weibe. Mit recht spöttischen Worten erinnert dieser Tagesdiener daran, daß ja dem großen Familienvater Warenhäuser und Theater Unterstand bieten und mancher gar in Untergrundbahntröhren haust, um den Behörden Arbeit zu ersparen. Solche opferfrohen Bürger würden den Bureau-Ferien bringen und würden sich die schwierigsten Fragen angenehm lösen.

Ob der Staat gibt, was er geben soll und wie er geben soll, soll hier nicht näher besprochen werden. Aber daß er willensstark die Führung in der Wohnungsfrage übernimmt und sie überwacht, von dieser Forderung darf nicht im geringsten abgewichen werden. Ebenso nicht davon, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben wird. Davon ist man in Regierungskreisen allem Anschein nach selber überzeugt. Um die Mißstände und die Erfordernisse im Wohnwesen besser kennen zu lernen, ist vor kurzem eine Reichswohnungs-zählung in allen Gemeinden über 5000 Einwohner (und in kleineren Gemeinden: Vorortgemeinden oder Industriorte mit ähnlichen Verhältnissen wie in größeren Gemeinden) durchgeführt worden. Im Frieden wurden jährlich etwa 200 000 neue Wohnungen im Reich nötig. Wenn man die nötigen Abzüge aus den Kriegsverlusten macht, bleibt immer noch ein starker Bedarf zu befriedigen. Es muß deshalb gefordert werden, daß Baupersonal frei wird, daß Baumaterial und Baukapital herangeschafft werden. Was wir in der Lebensmittelversorgung an Proben und Mißlungenen Versuchen erlebt haben, sollte ein Fingerzeig in der Wohnungsfrage sein. Die Behörden müssen nach einem wohlüberlegten Plan einheitlich und zielbewußt eingreifen. Dem Zufall und der Willkür muß das Tor gesperrt werden.

Im übrigen sind wir in der Wohnungsfrage vor dem Kriege durchaus nicht etwa auf der Höhe der Zeit gewesen. Wir haben noch viele unerledigte Wünsche mit in den Krieg hineingenommen. Und die Freizügigkeit zu beschränken, wie es vorgeschlagen wurde, würde zu unhaltbaren Zuständen führen. Verkehrseinsparungen sind eine sehr zweifelhafte Sache.

Die neuen Wohnungsfragen befriedigend zu lösen, ist nicht leicht, das fleht jedermann ein. Aber das darf zu keinem Wechsel mit langer Sicht führen. Schwierigkeiten sind da, um übermunden zu werden. Zielsicher, millansstark und bald erwarten wir eine Lösung, mit der wir zufrieden sein können.

Vom Weltkriege.

- Gefallen sind aus der Zahlstelle:
- Danzig: Michael Bauer, Brauer, Bln. Kol. Brauerei;
 - Altk. Nischke, Flaschenbiermitfahrer, Bienenbrauerei;
 - Cera: Richard Jäger, Brauerei Ling, Franz Seidemann, Ungermühle;
 - Samburg: R. Schreiber, Flaschenbierarbeiter, Bln. Brauerei, W. Branson, Flaschenbierarbeiter, G. Schloßbrauerei, C. Preußmann, Flaschenbierarbeiter, Unionbrauerei, B. Kuhn, Stallmann, G. Schloßbrauerei, Fr. Voeding, Brauer, Unionbrauerei, A. v. Thum, Brennerarbeiten, Brauerei Hornblume;
 - Leipzig: Otto Thieme, Hermann Schindler;

Mad eberg: Emil König, Bierfahrer, im Gefangen-
schaft gefangen;
Magd a: Hermann Grammann, im Lazarett ge-
funden;
Witka u: Kurt Gopp, Bierfahrer, Brauerei Göt-
berg-Meerane, Hans Reimhold, Bierfahrer, Jwidau,
Hr. Herrn. Andersen!
Verwundet ist aus der Zahlstelle:
Witka u: Louis Schlier, Brauer, Vereinsbrauerei.
Das Eisenerz-Kreuz erhielt: C. Janssch, Germania-
Brauerei Hannover.

Zulagen zur Soldatenlohnung. Alle Unter-
offiziere (auch die Gehalt empfangenden) und Mann-
schaften erhalten, sofern sie mobil sind oder mobile
Besoldung beziehen, eine Zulage von 9 Mk.,
alle übrigen eine von 6 Mk. Die Zahlung hat für
Gehaltsempfänger monatlich, für Lohnempfänger
dekadentweise zu erfolgen. Die Zahlung wird nach den
gleichen Grundsätzen wie das Kriegsgehalt bzw. die
Kriegslohnung gezahlt. Die Zahlung für die rü-
ckliegende Zeit hat sofort und von der Dienststelle
zu erfolgen, bei der Berechtigte sich zur Zeit des
Bekanntwerdens der Allerhöchsten Kabinettsorder be-
findet.

**Anspruch auf rückständige Juvallidenrente nach dem
Tode des Versicherten.** Die Bundesratsverordnung
vom 12. Mai 1916 besagt in § 3:

„Stirbt ein Versicherter, ohne seinen Anspruch er-
hoben zu haben, und ist er an der Erhebung durch
Kriegsverhältnisse verhindert gewesen, so sind zur Gel-
tendmachung des Anspruchs und zum Bezuge der auf die
Zeit bis zum Todestag entfallenden Beträge nach-
einander berechtigt der Ehegatte, die Kinder, der Vater,
die Mutter, die Geschwister, wenn sie mit dem Berechtigten
zurzeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt
haben.“

Die häusliche Gemeinschaft zurzeit „seines Todes“
ist regelmäßig als vorliegend zu erachten, wenn sie zur-
zeit der Einberufung bestand und anzunehmen war,
daß sie nach der Entlassung fortgesetzt worden wäre.
Sehr häufig liegen die Fälle nun, daß ein im Felde
infolge Verwundung oder Erkrankung dauernd invalide
gewordener Kriegsteilnehmer später im Lazarett ver-
stirbt, ohne die Gewährung einer Juvallidenrente be-
antragt zu haben. In diesen Fällen sichert nun die
vorstehend wiedergegebene Bestimmung den Ange-
hörigen das Antragsrecht.

Eine für die Antragsberechtigten günstige Aus-
legung ist jener Bestimmung durch eine kürzliche Ent-
scheidung des Reichsversicherungsamts geworden. Von
der Versicherungsanstalt und dem Oberversicherungs-
amt war der Antrag der Ehefrau eines verstorbenen
Kriegsteilnehmers auf Gewährung der rückständigen
Juvallidenrente für die Zeit seit der Verwundung bis
zum Tode abgelehnt worden, weil der Verstorbene sich
in einem deutschen Lazarett befunden hatte und von
hier aus ganz gut den Rentenanspruch selbst hätte
geltend machen können, mithin nicht durch Kriegsver-
hältnisse an der Erhebung des Anspruchs verhindert ge-
wesen wäre. Das Reichsversicherungsamt hob die
Entscheidung des Oberversicherungsamts auf und
führte aus: „... Dieser wohlwollenden Absicht der
Bekanntmachung entspricht es, den Begriff der Ver-
hinderung durch Kriegsverhältnisse im Sinne des § 3
a. a. O. nicht eng auszulegen. Vielmehr ist eine Ver-
hinderung in diesem Sinne schon dann anzunehmen,
wenn dem Versicherten unter billiger Berücksichtigung
aller Umstände nicht zugemutet werden kann, einen
Rentenantrag zu stellen. Die Anwendbarkeit der Vor-
schrift entfällt daher nicht schon dann, wenn sich der
Versicherte in einem deutschen Lazarett befindet. Eben-
sowenig ist es im vorliegenden Falle entscheidend, daß
der Ehemann der Klägerin einmal eine Postkarte an
seine Angehörigen geschrieben hat. Es ist durchaus
verständlich, wenn ihm eine Mitteilung an seine
Familie näher lag, als die Stellung eines Renten-
antrages.“ (Mittl. Nachr. 1918, S. 342.)

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt in der zweiten Juliwocde seinen zweiten Kriegs-
verbandsstag in Würzburg ab. Aus dem Vorstandsbericht ist zu
entnehmen, daß die Organisation wieder im Aufstieg be-
griffen ist. In dieser Berichtsperiode (1918 und 1917) ist
zwar noch ein Rückgang in der Mitgliederziffer eingetreten,
und zwar von 10 403 auf 17 608. Das Jahr 1918 hat in
seiner ersten Hälfte aber einen neuen Zuwachs von 3034
Mitgliedern gebracht und wird dieses vornehmlich auf den
Abschluß der beiden Reichstarife zurückzuführen sein. Das
Verbandsvermögen hat sich infolge der geringen Ausgaben
für Unterhaltungen um 65 410 Mk. erhöht. Auf dem Ge-
biete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
liegen annehmbare Ergebnisse vor. Im Mittelpunkt des
Interesses steht der Abschluß der Reichstarife für die Mil-
litarindustrie und für die Herstellung von Zivilschuh-
werk. Seit zwei Jahrzehnten bemühte sich die Organi-
sation, zu einheitlichen Bedingungen zu kommen, blieb
aber bei dem Abschluß von örtlichen Tarifen stehen. Durch
die Stilllegung der Betriebe wurde die Brücke gebaut, auf
der die beiden Tarife zum Abschluß kamen und worunter
sich 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen fallen. Die De-
batte über den Geschäftsbericht erstreckte sich fast ausschließ-
lich auf die Reichstarife. Wie auch anderswo geht der ent-
scheidende Abschluß solcher Reichstarife nicht ganz schmerzlos
vorüber. Einzelne Betriebe oder auch Orte werden immer

zu kurz kommen, so auch hier. In einer Entschließung wird
die Bedeutung der beiden Verträge anerkannt und die Be-
seitigung einzelner Mängel für die Zukunft gefordert. Dann
beschäftigte sich der Verbandstag wieder mit der Tätigkeit
der Generalkommission. Die Wünsche, welche darauf hin-
ausließen, der Generalkommission die Beiträge zu über-
nehmen, wurden mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt, nachdem der
Vorstand 61 von diesen Wünschen entgegnete. Der
Verbandsstag nahm dann eine Resolution an, die von den
Gewerkschaften und jedem Angehörigen derselben die
Neutralität fordert. Diese Entschließung fand die Zu-
stimmung aller gegen 2 Stimmen. Das ist ja sehr schön, nur
dünkt uns, daß der Antragsteller bisher nicht danach ge-
handelt hat. Der Verbandstag trat dann in die Statuten-
beratung ein und wurden die Beiträge von 35, 50 und 65
auf 40, 75 und 60 Mk. erhöht unter gleichzeitiger Erhöhung
der Unterhaltungsgebühren. Nachdem noch die Gehaltsverhält-
nisse geregelt und eine Pensionzahlung für invalide An-
gestellte beschlossen wurde, fand die Wiederwahl des bis-
herigen Vorstandes statt.

Der Verband der Buchdrucker war durch
Verbandsstagsbeschlüsse verpflichtet worden, beim Tarifamt
den Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage zu stellen,
bzw. auf Revision des Tarifes. Das Tarifamt hat sich nun
mit dieser Frage beschäftigt. Es darf allgemein auffallen,
wie niedrig die Löhne dieser Berufsgruppe stehen im
Gegensatz zu einer ganzen Reihe anderer Gewerbe. Der
Lohn stand in den Orten ohne Lokalaufschlag auf 87 Mk.
und in den 4 Orten mit 25 Proz. Zuschlag, also Berlin,
Damburg, Altona und Stralsburg 61,46 im Durchschnitt.
Nach langwierigen Verhandlungen, die volle drei Tage in
Anspruch nahmen, wurde eine Vereinbarung dahin ge-
troffen, ab 1. August eine weitere Erhöhung der Teuerungszu-
lauge um 10 Mk. eintreten zu lassen. Am 1. Dezember
soll wiederum eine Aufbesserung eintreten je nach Lokal-
aufschlag von 3—5 Mk. Ferner sollen die Zuschläge für
Ueberstunden erhöht werden. Die Buchdruckerorganisation
betrachtet diese Zugeständnisse nicht als vollen Ausgleich
gegenüber der Lebensmittelerhöhung, jedoch als einen be-
achtenswerten Erfolg des Verbandes.

Im Buchbindergewerbe ist es jetzt wieder zum
Abschluß einer neuen Teuerungszulage gekommen. Die
Zulagen gestakten sich für Berlin höher als in München,
Leipzig und Stuttgart. Ab 18. August erhalten die Ver-
heirateten 30,50 Mk., Ledige 28,50 Mk. und Arbeiter-
rinnen 18 Mk. die Woche. Die Arbeiter in München er-
halten 5,50 Mk., in Leipzig und in Stuttgart 8,50 Mk.
weniger als in Berlin. Die Arbeiterinnen erhalten in den
genannten Orten 15 Mk. Am 30. November werden diese
Zulagen bei den Arbeitern nochmals um 5 Mk., bei den
Arbeiterinnen um 2 Mk. erhöht. Bisher wurde die Teu-
erungszulage nach der Verdiensthöhe gezahlt, und zwar er-
hielten die Hochverdiener geringere Zuschläge als die niedrig
Entlohnten. Dieses ist jetzt aufgehoben. Die Verkürzung
der Arbeitszeit lehnten die Prinzipale ab.

Für das Baugewerbe haben die auf den Reichs-
tarifvertrag für das Baugewerbe verpflichteten Arbeit-
nehmerverbände die Forderung an die Unternehmerorgani-
sation auf Erhöhung der Teuerungszulage gestellt. In
wenigen Tagen darauf erhielt der deutsche Bauarbeiter-
verband ein Schreiben des Vorstandes des Arbeitgeber-
bundes, in dem die Forderungen der Arbeiter abgelehnt
werden. Man beruft sich in dem Antwortschreiben auf die
Beschlüsse der Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes,
die aufzuheben nicht in der Macht des Vorstandes läge. Der
„Grundstein“ hegt die Erwartung, daß der Gesamtvorstand
mehr Entgegenkommen zeigen werde in Anbetracht der
Not der Zeit.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat
sich der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, über die so-
genannten Riesenverdienste der Rüstungsarbeiter eine Erhe-
bung zu veranstalten. Diese Statistik hat einen um so
höheren Wert, als es möglich war, über 4 Millionen
Personen zu befragen. Beteiligt an der Erhebung sind
509 945 Arbeiter und 259 061 Arbeiterinnen. In den letzten
Monaten konnte die bürgerliche Presse aller Schattierungen
nicht genug Märchen verbreiten über die enorm hohen Ein-
kommen der Rüstungsarbeiter. Es würde zu weit führen,
uns in die gewiß wertvollen Materialien zu vertiefen und
beschränken wir uns auf die nachstehenden Angaben. Es
verdienen von den 509 945 Arbeitern unter 50 Mk. 31,1
Prozent der Beteiligten, 50—75 Mk. 43,9 Proz., 75—100 Mk.
22,4 Proz. und 2,6 Proz. die über 100 Mk. verdienen. Von
den 259 061 Arbeiterinnen haben 9,2 Proz. einen Wochenver-
dienst bis 20 Mk., 30,8 Proz. bis 30 Mk., 30,9 Proz. bis
40 Mk., 26,8 Proz. bis 50 Mk. und 2,3 Proz. über 50 Mk.
Da die Rüstungsarbeiter innerhalb der deutschen Lohn-
arbeiterschaft den breitesten Raum einnehmen, so ist es
außerordentlich dankenswert gewesen und recht zeitgemäß,
mit geeignetem Material dem allgemeinen Geschrei der
Unternehmer auf Lohnabbau entgegenzutreten. Für große
Kreise der Rüstungsarbeiter entsteht die Frage, ob die
Löhne den heutigen Lebensbedürfnissen entsprechen.

Die Löhne der Bergarbeiter stehen ständig
zur Debatte. Das Unternehmertum dieses Berufes steht
in bezug auf Rückständigkeit und allen möglichen unsozialen
Gesichtspunkten an erster Stelle in der deutschen Industrie.
Das war schon früher so und hat sich nur wenig geändert.
Necht zeitgemäß veröffentlicht die „Bergarbeiter-Zeitung“
eine Aufstellung von 38 Werken über die seit 1914 erzielten
Gewinne und die Erhöhung der Löhne. Der Betriebge-
winn im Jahre 1917 stand gegenüber 1914 69,9 Proz. höher,
die durchschnittlichen Arbeiterlöhne nur um 57,7 Proz. Die
vier zusammenwirkenden Verbände der Bergarbeiter haben
jetzt wieder Verhandlungen mit den verschiedenen Reichs-
stellen geführt und dabei vornehmlich die oberschlesischen
Verhältnisse im Auge gehabt. Namentlich interessiert
sich der Vizetangler für das Gewerbe und darf man sich
starken Hoffnungen hingeben, daß die oberschlesischen Ar-
beiter bald genügend Berücksichtigung finden werden. Eine
Verkürzung der Schichtzeit lehnt man oben ab. Die be-
sorgten Zustände im Bereiche des 6. Armeebezirks in be-
treff des Bergamtsverweins fanden gleichfalls zur Sprache.
Hoffentlich kommt auch hier bald Abhilfe.

In der Tabakindustrie gehen die Arbeiter und
Arbeiterinnen schweren Zeiten entgegen. Der Mangel an
Rohmaterialien hat die Organisationsleitungen der im
Frage kommenden Berufsverbände schon wiederholt auf

Konferenzen beschäftigt und wurden den aufsichtsführenden
Anstalten geeignete Vorschläge zur Verhütung allzu
schlimmer Zustände gemacht. Nach der jetzt vorliegenden
Neberstahl sind die Vorräte an Tabak in absehbarer Zeit
aufgebraucht. Es ist Rücksorge getroffen, daß die berufs-
ständigen Arbeiter, die vor dem Kriege in der Industrie
tätig waren, möglichst weiter beschäftigt werden und sollen
die angeleiteten Kräfte zuerst zur Entlastung kommen. So-
fern die Arbeitslosigkeit sich noch verschärft, sollen die ge-
brochlichen allen Leute möglichst untergebracht werden und
die Entlassung aller derjenigen Kräfte ins Auge gefaßt
werden, die in andere Berufe unterkommen können.

Kleine Notizen. Die Eisenbahner sollen
eine einmalige Teuerungszulage erhalten in sechs-
facher Höhe der bisherigen Zulage. — Der Verband der
Bureauangestellten beruft zum November dieses
Jahres einen Verbandstag nach Berlin ein. — Der Vor-
stand des Steinseververbandes hat an die Ar-
beitgeberorganisation seines Berufes Anträge auf eine Er-
höhung der Teuerungszulage gestellt. — Nachdem der Ver-
band der Steinarbeiter sich vergeblich bemüht hatte,
mit der Unternehmerorganisation Arbeitsnachweise ins
Leben zu rufen, ist er jetzt selbst zur Tat geschritten und
hat in 47 Städten Nachweise errichtet. — Der Verband
der Tapezierer hat im Vorjahr wieder an 117 Mitgliedern
(1918) zugenommen, davon aber nur 47 männliche. — Die
Ledearbeiterorganisation hat 1917 1177 neue
Mitglieder gewonnen, auch hier zumeist weibliche.

**Bewegungen im Berufe.
Brauereien, Bierneidlagen.**

† Berlin. Am Montag, den 5. August, fand eine von
120 Kollegen besuchte Vertrauensmännerversammlung für
alle in den Brauereien vertretenen Organisationen im
Gewerkschaftshaus statt, davon 80 Kollegen von unserem
Verband. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Ant-
wort der Arbeitgeber auf die eingereichten Forderungen.
Der Vorsitzende Kollege Gopp gab in seinem Bericht ein
anschauliches Bild von der Verhandlung mit den Arbeit-
gebern und verweist auf das von dieser Sitzung eingelaufene
Protokoll. Soweit es für unsere Kollegen von be-
sonderem Interesse ist, wollen wir es hier wiedergeben:

Bei Eröffnung der Sitzung gibt Kollege Gopp die
Erklärung ab, daß die tariftreue Arbeiterschaft ihre For-
derung um Erhöhung der Teuerungszulage von 10 Mk. auf
20 Mk. erhöhen müsse, nachdem bekannt geworden sei,
daß neuerdings die Brauerei Julius Bölow ihren Böt-
chern eine Zulage in solcher Höhe zugestanden habe. —
Er erachte hiernach eine ablehnende Haltung der Arbeit-
geber ferner für unmöglich und erwarte von der heutigen
Verhandlung die Erledigung der Vorlage im Sinne der
seitens der Arbeitnehmer eingebrachten Anträge.

Der Vorsitzende Herr Direktor Jäger erwidert
darauf, daß das Vorgehen der Brauerei Bölow den Mit-
gliedern des Vereins der Brauereien Berlin und der Um-
gegend bereits bekannt geworden sei und von ihnen,
weil die Verhandlungen ersäuernd, allgemein bedauert
wurde. Zur Sache selbst erklärt der Vorsitzende namens
des Vereins der Brauereien Berlin und der Umgegend
und gemäß der von letzterem am 26. Juli 1918 gefaßten
Beschlüsse, daß nach wie vor die vereinigten Brauereien
nicht in der Lage seien, die Erhöhung der Teuerungszulage
vor eingetretener Erhöhung der Bierpreise vorzunehmen,
und zwar aus den den Arbeitnehmer-Vertretern satfam
bekannten Gründen. Soweit die Brauereien dem Druck
der Verhältnisse und um den Frieden zu erhalten, zur
sofortigen Bewilligung einer teilweisen Erhöhung der
Teuerungszulage geneigt seien, könne es sich doch nur um
einen so geringen Aufschlag handeln, daß keine Partei be-
friedigt werde. — Eine allabwärtige, notwendigerweise ge-
ringfügige und tropfenweise Erhöhung der Teuerungszu-
lauge könne deshalb nicht in beiderseitigem Interesse liegen
und zum andern auch den Organisationsvertretern nur
neue Schwierigkeiten im Verkehr mit ihren Auftraggebern
bereiten. Eine solche Lösung sei nicht geeignet, selbst nur
auf kurze Dauer, die nötige Verhütung im Streit der
Meinungen herbeizuführen. Es bleibe somit nur der sei-
tens der vereinigten Brauereien wiederholt empfohlene
Ausweg, sich nach kurze Zeit in Geduld zu fassen, wenn
andere der Arbeitnehmerorganisationen daran gelegen ist,
den für alle Beteiligten ebenso wie für die Allgemeinheit
folgeschweren Konflikt zu vermeiden. Ein Abbruch des bis-
herigen friedlichen Einvernehmens und die Ausführung der
den Brauereien angebotenen Massenliquidationen werde
auf seiten der Brauereien notwendigerweise solidarische
Gegenmaßnahmen auslösen müssen. Solcher Möglichkeit
gegenüber sei immer wieder auf den guten Willen der Ar-
beiterschaft zu verweisen, den Wünschen der Arbeitneh-
mer baldmöglichst entgegenzukommen, sobald und soweit
die wirtschaftliche Lage dieses gestatte. Daß es den
Brauereien mit dieser Zusicherung Ernst sei und die Warte-
zeit nur mehr von geringer Dauer sein könne, ergebe sich
aus der dem Verein der Brauereien Berlin und der Um-
gegend vom Kriegsernährungsamt unter dem 25. Juli 1918
erteilten vorläufigen Antwort (die zur Vorlesung gelangt).

Kollege Gopp bekräftigt, von den Erklärungen der Ar-
beitgebervertretung Kenntnis genommen zu haben und
verspricht, mit seinen Auftraggebern erneut verhandeln
zu wollen. — Hinsichtlich der den Brauereien angebotenen
Mündigkeiten erklärt Gopp, daß die Organisation dieses
selbständige Vorgehen der Arbeitnehmer nicht veranlaßt, im
Gegenteil davon gewarnt habe. Die Veranlassung hierzu
liege allein auf seiten der Arbeitgeberseite, nämlich in der
unterschiedlichen Behandlung der einzelnen Gruppen.
— Die übrigen Organisationsvertreter treten den Aus-
sicherungen des Kollegen Gopp bei und hoffen, daß es
möglich sein wird, den drohenden Konflikt zu ver-
meiden. —
Nachdem einige Vertrauensmänner zu dieser Frage
in der Diskussion gesprochen, wurde beschlossen, nach Lage
der Dinge vorläufig eine abwartende Stelle einzunehmen,
jedem ja auch die Unternehmer verprochen, von der
ersten Lohnwoche im August die Erhöhung nachzubzahlen.
Nur dürfe die Angelegenheit nicht zu lange dauern. Sollte
die Erhöhung nicht der Erwartung entsprechen, müsse mit
den schärfsten zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegan-
gen werden.

Dann nahmen die Vertrauensmänner noch Stellung zu den Vereinbarungen zu § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welche die Unterstützung bei Krankheit und Urlaub für die Arbeitnehmer in den Brauereien regelt. Die Brauereien vertraten in der Verhandlung die Meinung, daß die beschäftigten Frauen diesen Bestimmungen nicht unterliegen und nach dem Abkommen vom 1. Mai 1915, die weiblichen Arbeitnehmer außerhalb der tariflichen Abmachungen stehen. Ferner erklärten noch die Arbeitgeber, daß die weiblichen Arbeitnehmer in Ergänzung dieses Abkommens bereits eine Feuerungszulage von 14 Mk. und in Krankheitsfällen eine solche von 5 Mk. pro Woche erhalten. Die Brauereien sind jedoch weiterhin bereit, bei Erkrankungen, die durch Verletzungen im Dienste (Betriebsunfälle) entstanden sind, den weiblichen Arbeitnehmern analog der zu § 616 BGB. getroffenen Bestimmungen, das Krankengeld in den ersten drei Krankheitsstagen und vom vierten Krankheitsstage einen Zuschlag von noch zu bestimmender Höhe zu gewähren. Schließlich sollen die in Rede stehenden weiblichen Arbeitnehmer Anspruch auf Urlaub oder Urlaubsbefreiung dann erhalten, wenn sie erstmals mindestens 125 Tage im Halbjahr tatsächlich gearbeitet haben. Weiteres Entgegenkommen glaubte die Arbeitgebervertretung nicht zuzugestehen zu können, jedoch erklärte sie sich auf Antrag bereit, eine Ausdehnung obiger Zugeständnisse (betr. die Krankengeldvergütung und Zuschläge) auch auf einwandfrei nachgewiesene Krankheitsfälle anderer Art in den Kreis weiterer Erwägung einzubeziehen.

Nach Kenntnisnahme wurde empfohlen, alles daran zu setzen, daß in diesem Falle die weiblichen Arbeitnehmer mit den männlichen gleichgestellt werden.

Zum Schluß forderte Kollege Hobbapp die anwesenden Vertrauensmänner auf, für die Ausbreitung der Organisation recht kräftig zu agitieren.

† Erfurt. In Verhandlungen bewilligten die Brauereien eine Zulage von 1,50 Mk. pro Woche, Erhöhung der Ueberstundenlöhne um 40 Pf. Die Sonntags-Zur wird mit 7,50 Mk. bezahlt.

† Wöppingen. In der Biermiederlage zur Krone, Wöppingen, wurde den Arbeitern die Feuerungszulage nach den Wöppingen-Holzheimer Sätzen, rückwirkend vom 1. Juni, nachbezahlt.

† Günzach bei Remten. Die Kollegen der hiesigen Schloßbrauerei beauftragten den Bezirksleiter, Herrn Brauereibesitzer Gabel einen Vertretungsentwurf zu unterbreiten. Durch Verhandlungen wurde ein formgerechter Vertrag abgeschlossen und dabei für die Arbeiter folgende Verbesserungen erreicht: Die Arbeitszeit wurde in den Sommermonaten um 1/4 Stunde und im Winterhalbjahr um 1 Stunde verkürzt. Die Lohnaufbesserung bzw. Feuerungszulage beträgt 9-15 Mk. pro Woche. Die vollständige Bezahlung der Feiertagsarbeit mit 80 Pf. pro Stunde wurde erreicht; Ueberarbeit an Wochentagen wird die Stunde mit 70 Pf. bezahlt. Ferner erhalten die Arbeiter 3-5 Tage Urlaub. Die Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 1. Juni 1919.

Die Brauereiarbeiter in Günzach haben trotz ihrer kurzen Organisationszugehörigkeit mit Abschluß dieser Bewegung einen außerordentlich schönen Erfolg erzielt. Mögen auch die Kollegen in den übrigen Landbrauereien im Anschluß daran die richtige Nuhandhabung ziehen und einsehen, daß die Organisation in dieser Zeit für alle Brauereiarbeiter eine Lebensfrage bedeutet.

† Halle. Am 7. August fand im „Englischen Hof“ eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Strauß berichtete über den Abschluß mit der Mühle Hildebrand und über das Angebot des Brauereivereins. Redner ging ausführlich auf die Einleitung der Lohnbewegung in der Mühle Hildebrand ein und erwähnte hierbei, daß die Forderung schon vor vier Monaten gestellt wurde, ohne daß es gelang, mit der Mühlenleitung in Verhandlung zu kommen. Durch das Vorgehen der beschäftigten Kollegen sei es gelungen, die Direktion zu Zugeständnissen zu bewegen. In den Mühlenarbeiten müsse es jetzt liegen, die Erlöse auf agitatorischem Gebiete auszunutzen, da die Direktion versprochen hätte, im Herbst weitere Zulagen zu gewähren.

Hierauf berichtete Kollege Strauß über die Verhandlungen mit dem Brauereiverein. Durch den immer mehr zunehmenden Zusammenschluß im Sächsisch-Thüringischen Verein seien die Verhandlungen mit jeder Bewegung schwieriger geworden. Die Herren erklärten ausdrücklich, nichts bewilligen zu können, wenn nicht die Lohnkommission des Brauereivereins zustimme. Wenn sie doch etwas bewilligten, so sei eine hohe Konventionalstrafe zu zahlen. Nach langen Verhandlungen habe der Verein auf Vorschlag der Lohnkommission folgende Vorschläge gemacht:

Es sollen ab 1. August gezahlt werden für männliche verheiratete Arbeitnehmer pro Woche 18 Mk., für ledige über 20 Jahre 17 Mk., für weibliche und jugendliche unter 20 Jahren 14 Mk. Ferner sollen allen Frauen auch die Herren nach dem Tarif gewährt werden. Nach langer Debatte, in der alle Redner sich gegen die Vorschläge aussprachen, wurde folgender Antrag gegen drei Stimmen angenommen: Die Brauereiarbeiter und -arbeiterinnen sind bereit, das Angebot anzunehmen, wenn ab 15. Juli 1918 eine Nachzahlung geleistet wird. Ferner wird die Geschäftsleitung beauftragt, noch einmal mit dem Brauereiverein in Verhandlung zu treten, daß allen Beschäftigten bei Krankheit die Feuerungszulage auf 4 Wochen gezahlt wird.

† Hamburg. Die Bavaria-Brauerei Altona erhöhte auf Wunsch der Arbeiter in ihrem Betrieb, der Schloßbrauerei in Warmstedt, die Feuerungszulage für Arbeiter um 3 Mk., für die Arbeiterinnen um 1,50 Mk. pro Woche.

† Leipzig. Die Brauerei Merkwitz bewilligte eine Zulage von 5 Mk. pro Woche.

† Nürnberg. Die Genossenschaftsbrauerei Nürnberg hat ebenfalls 4 Mk. weitere wöchentliche Feuerungszulage bewilligt.

† Mies. Die Perabrauerei bewilligte eine Zulage von 5 Mk. pro Woche.

† Straubing. Der Tarifvertrag läuft ein Jahr weiter, die weitere Feuerungszulage ist ab 1. Juni 2 Mk., ab 1. August weitere 2 Mk. Ein Betrieb 1 Mk. Der Zourdienst ist in den meisten Betrieben abgeschafft und wo noch ein solcher besteht, wird derselbe an Werktagen auf 1 Mk., und an Sonntagen auf 2 Mk. erhöht. Die Ueberstunden werktags 80 Pf., die Sonntagsstunden 90 Pf. Der Urlaub hat wie im Vertrag seine Gültigkeit und wird den Arbeitern gewährt.

† Waldenburg i. Schl. Das Branhaus in Waldenburg (Schlesien) bewilligte eine weitere wöchentliche Feuerungszulage von 1 Mk. für die männlichen Arbeitnehmer und erhöhte den Stundenlohn für die Arbeiterinnen um 2 Pf. Für Ueberstunden wird ein weiterer Zuschlag von 15 Pf. pro Stunde gezahlt und das Zehrgeld für die Bierfahrer um 75 Pf. pro Tag erhöht.

Möhlen.

† Berlin. Eine Versammlung der in Groß-Berlin beschäftigten Mühlenarbeiter und Mühlenarbeiterinnen am 1. August nahm Stellung zu der Antwort auf die eingereichten Forderungen. Der Vorsitzende Kollege Hobbapp teilt mit, daß eine aus den Mühlen zusammengesetzte Kommission von Kollegen die Forderungen durchberaten und an sämtliche in Frage kommenden Mühlen am 26. Juli eingereicht habe. Er gab die einzelnen Forderungen, die die Kommission aufgestellt, bekannt und teilte, mit, daß bereits am 1. August eine Rückantwort von Seiten der Mühlenbesitzer eingetroffen sei. Diefelben erklärten sich bereit, am Mittwoch, dem 7. August, mit dem Vertreter der Organisation über die eingereichten Lohnforderungen zu verhandeln. Unentschieden ist die Mitteilung im Auftrag von Herrn Salomon für Herrn Schmitt, Berliner Viktoriamühle, Berliner Dampf- und Humboldtmühle. Der Schluß der Mitteilung lautet: „Sie haben ja Ihre Forderungen sehr hoch bemessen, jedoch hoffe ich, daß wir uns verständigen werden. In der Diskussion wird vor den Kollegen noch auf die Einzelheiten der eingereichten Forderungen eingegangen und erklärt, daß wenn wirklich

alles bewilligt werde, es auch noch nicht zum Lebensunterhalt reiche. Immerhin sehe man darin schon ein Entgegenkommen, daß die Mühlenbesitzer insgesamt sich bereit erklärten, mit der Organisation zu verhandeln. Wenn man die Not der Kollegen geschindert würde bei der mündlichen Aussprache, werden die Unternehmer wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß die Lohnforderungen nicht zu hoch seien. Würden die Arbeitgeber schon im Jahre 1912 denselben Standpunkt eingenommen und mit der Organisation verhandelt haben, so hätten wahrscheinlich die Kollegen auf der Berliner Dampf- und Schmittmühle nicht zum letzten Mittel, und zwar der Arbeitserbitterung, greifen brauchen. Manche Erbitterung, die der Lohnkampf beiderseits gezeitigt, wäre vermieden worden. Man hoffe, daß es wie jetzt auch in der Zukunft bleibe. Beschlossen wurde, wenn die Verhandlungen beendet, sofort wieder eine neue Versammlung einzuberufen, wo das Ergebnis mitgeteilt und erneut Stellung genommen werde, wenn das Ergebnis nicht befriedige. Dierzehn Kollegen traten dem Verbands bei.

† Frankfurt a. M. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit den beiden Großmühlen, Frankfurter Mühlenwerke Gebr. Wolff und Frankfurter Hafenmühle Akt.-Ges. wurde die wöchentliche Feuerungszulage ab 1. August um 9 Mk. erhöht. Die Ueberstunden werden an Werktagen mit 1 Mk., an Sonntagen mit 1,50 Mk. vergütet. An den Kollegen liegt es nun, die Organisation hochzuhalten und den letzten Mühlenarbeiter für dieselbe zu gewinnen, damit bei gegebener Zeit den enorm gestiegenen Lebens- und Bedarfsartikelpreisen weiter Rechnung getragen werden kann.

† Rosenheim. Am 2. Juli ließen die Arbeiter der Kunstmühle Rosenheim durch ihren Bezirksleiter betreffs Lohnzulage und sonstige Regelung der Arbeitsverhältnisse ein Gesuch einreichen. Das Ergebnis ist, daß eine tägliche Lohnzulage von 1,50 Mk. bewilligt wurde. Die anderen unerledigt gebliebenen Punkte wurden bei einer späteren Unterhandlung durch Bezirksleiter Schrems und Arbeitersekretär Göpfer mit der Direktion besprochen. Dieser Punkt wurde bis zur Neuwahl des Arbeiterausschusses verschoben und soll dann eingehend durchberaten werden.

Randschau.

Aus Industrie und Beruf.

† Betriebskonzentration. Die Brauerei Rudolf, Eilenburg, ist mit dem 1. August in den Besitz der Vereinbrauerei Eilenburg übergegangen.

Die Brauerei Langenberg (Neuß) hat die Mineralwasser- und Getränkfabrik Mühle, dortselbst, käuflich erworben.

Die Generalversammlung der Hamburger Reismühle Akt.-Ges. genehmigte den Vertrag wegen des Ankaufes der Mühle der in Liquidation getretenen Allgemeinen Reisgesellschaft.

Die Aktienbrauerei Thale will das Braukontingent der Klosterbrauerei Mörderhof erwerben, nachdem sie bereits die Brauerei „Glückauf“, Blankenburg, die Brauerei Bülow in Halberstadt und die Schreyer'sche Brauerei in Jassode angekauft hat.

Die Brauerei Bergbräu in Repperndorf ging durch Kauf in den Besitz der Brauerei Geyd u. Schuenerstuhl in Rißingen über.

Der zwischen der Holsten-Brauerei Altona und der Germania-Brauerei Wandshof abgeschlossene Verdingungsvertrag ist durch die außerordentlichen Hauptversammlungen beider Brauereien genehmigt worden.

Die Mannheimer Aktienbrauerei Löwenteller beruft neuerdings eine außerordentliche Generalversammlung ein, zwecks Genehmigung eines Verdingungsvertrages mit der Badischen Brauerei Mannheim.

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von H. Kroll,

Vertreter der Generalkommission im Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

III.

Die Stellung der Gewerkschaften zum Theaterkulturverbände.

Als allgemein bekannt wurde, daß die Generalkommission der Gewerkschaften sich dem genannten Verbände als körperschaftliches Mitglied angeschlossen habe, hörte man hier und da Zweifel äußern, ob das auch noch mit den Aufgaben der Generalkommission etwas zu tun habe. Eine Gewerkschaft, die sich auch sonst durch starke Worte gegen die G. K. ausgesprochen hat, hat sogar Protest gegen den Anschluß erhoben.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels, die G. K. gegen solche Angriffe oder überhaupt ihres diesbezüglichen Anschlusses zu verteidigen. Es genügt zu sagen, daß sich die persönliche Auffassung des Verfassers in der Sache durchaus mit der der G. K. deckt, und zwar in dem Sinne, daß einmal zu irgendwelchen Protesten kein Anlaß vorliegt, und zum anderen, daß der Beitritt zum Theaterkulturverbände und die damit bewirkte Förderung seiner Bestrebungen durchaus im Rahmen der Aufgaben der Gewerkschaften liegt und von ihnen unterstützt zu werden verdient. Denn es dürfte unter Gewerkschaftern ja wohl keinen Streit darüber geben, daß die Gewerkschaften neben ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe um die wirtschaftliche Hebung und Förderung der Arbeiter, auch allgemein-kulturelle Aufgaben zu erfüllen haben und solche erfüllen wollen. In den Stunden wohl aller Gewerkschaften ist das so ausgedrückt, daß neben der wirtschaftlichen Lage auch die geistigen Interessen der Mitglieder gefördert werden sollen. Schon ein oberflächlicher Blick in die deutsche Gewerkschaftspressen zeigt uns ja auch, wie ernst es die Gewerkschaften mit dieser ihrer Aufgabe nehmen und wie erfreulich weit entfernt sie davon sind, einer lediglich auf Materielle gerichteten

Kultur zu dienen. Sie haben sich in stetig steigendem Maße auch die Pflege und Förderung geistiger Kulturgüter zu eigen gemacht, soweit sie das mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vermögen.

Es liegt andererseits aber auch in der Natur ihrer Gesamtaufgaben, daß diese Förderung geistiger Interessen bisher hinter der Verfolgung wirtschaftlicher und anderer mehr materieller Dinge verhältnismäßig zurückstehen mußte.

Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist — deshalb mußte erst einmal die materielle Grundlage für alles andere geschaffen werden. Es mag allerdings auch die Tatsache, daß notwendigerweise die Pflege der geistigen Interessen nicht immer gleichen Schritt halten konnte mit der Förderung der sonstigen Aufgaben, nicht allen Wiedern der Bewegung gleich stark zum Bewußtsein gelangt sein. Aber allen denen, die wissen, was in dieser Hinsicht noch fehlt, ist die Tatsache jedenfalls nicht gleichgültig und sie haben daher das lebhafteste Bestreben, das Manco, das in dieser Beziehung nur einmal noch vorhanden ist, mit allen erreichbaren Mitteln auszugleichen.

Eines der wertvollsten Bildungsmittel, ein Mittel zur Verbreitung und Vertiefung geistiger Kultur, ist nun zweifellos das Theater — oder könnte es doch sein. In wie starkem Maße das Theater — das Wort im weitesten Sinne gefaßt — auf die Gefühle und das Denken der breiten Massen einzuwirken vermag, das haben — in gutem und in bösem Sinne — schon die Staatskünstler und herrschenden Gewalten im klassischen Altertum erkannt: im guten Sinne die attischen und staatenrepublikanischen, im bösen Sinne die römischen Machthaber, die als wirksamstes Mittel zur Verhinderung der von ihrer Scholle vertriebenen hungernden Proleten „panem et circenses“, d. h. Brot und Spiele verabreichten ließen. Ja, es hat Epochen gegeben, wo das Theater ein revolutionärer Faktor gewesen ist. So wissen wir aus der Geschichte der großen französischen Revolution, wie tief dieselbe geistig durch die Komödien eines Voltaire beeinflusst worden ist.

Sehen wir aber von jeder besonderen Tendenz ab, betrachten wir das Theater lediglich als Instanz zur Vermitt-

lung und Förderung allgemein-geistiger Kultur, so läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß es im Dienste der geistig-kulturellen Hebung des Volkes ein Faktor von außerordentlich starker Bedeutung ist und es in noch weit höherem Maße zu werden vermag. Das haben die größten Heroen deutscher Geisteskultur in ihren Schriften über die Bedeutung des Theaters immer wieder dargetan. Es sei hier nur ein Name genannt: Schiller! Wer es daher unternimmt, der breiten Masse des Volkes das Theater näher zu bringen und demselben ermöglicht, gute Kunst zu erschwinglichen Preisen zu genießen, der bereitet den Boden für eine allgemeine Hebung der geistigen Kultur, der verrichtet Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes. Der leistet vor allem der Arbeiterklasse einen großen Dienst. Ist das nicht eine Aufgabe, um einmal ein banales Wort zu gebrauchen: des Edelsteins der Edelsten und Besten wert? Und sollte das nicht auch zu den Aufgaben der Arbeiterorganisationen aller Art gehören?

Die Antwort auf die vorstehende Frage haben die meisten Organisationen auch wohl schon in der Praxis gegeben. Denn es dürfte nur wenige unter ihnen geben, die nicht schon einmal oder öfter künstlerische Darbietungen für ihren Mitgliederkreis veranstaltet hätten. Aber wer schon an der Vorbereitung solcher Veranstaltungen mitgewirkt hat, der weiß auch, daß es in den meisten Fällen, wenn ein wirklich künstlerisches Programm zusammengestellt werden soll, ohne künstlerische Beratung nicht geht. Und auch dann bleibt eine solche Veranstaltung für die mit der Vorbereitung Betrauten immer eine sehr zeitraubende und verantwortungsvolle Aufgabe. Andererseits aber, wenn es vornehmlich einer wirklich gelungenen künstlerischen Veranstaltung in unseren Organisationen beizumischen, der hat sicher von vielen der Mitglieder den Wunsch äußern hören, daß „so etwas“ doch öfter geboten werden möchte. Es ist aber auch eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Arbeiterorganisationen solche Veranstaltungen nur in sehr geringerer Zahl herausbringen können und demnach das, was geboten werden kann, weit hinter dem zurückbleibt, was gewünscht wird. Schließlich ist jede derartige Sache auch ein finanzielles Baarais, das nicht immer pünktig ausgeht.

Industrie und Arbeitsmarkt im Juni 1917, nach den Berichten im Reichsarbeitsblatt.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Juli im Vergleich stehenden Mitglieder im Vergleich zu Anfang Juni eine Abnahme um insgesamt 114 100 Beschäftigte oder 1,2 v. H. erkennen.

Nach den Feststellungen von 37 Nachbarverbänden, die für 1215 000 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenquote Ende Juni 0,83 oder 0,8 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Vergleich zum Juni 1917 eine weitere Abnahme des Arbeitsangebots erkennen. Im Juni kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 53 Arbeitsuchende (gegen 50 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht 83 (gegen 85 im Vormonat).

Die Brauereien Süddeutschlands halten infolge der anhaltend kühlen und nassen Witterung im Juni zumeist weniger zu tun als im Vormonat. Auch im Vergleich zum Juni 1917 ist der Bierertrag etwas zurückgeblieben.

Im Monat Juni haben sich bei dem Arbeitsnachweise der zum Verein der Brauereien Berlin und der Umgegend gehörigen Brauereien 22 Personen weniger einschreiben lassen als im gleichen Monat des Vorjahres.

Vor Verbandsmitgliedern waren arbeitslos Ende Juni 23 (22 im Vormonat), davon 8 (20) männliche und 10 (12) weibliche, 3 Mitglieder (1 männliches und 2 weibliche) befanden sich außerdem auf der Reise.

Die Vermittlungsstelle für Arbeitsnachweise berichtet für das ganze Reich im Monat Juni über folgende Ziffern:

Table with columns: in, Brauereiarbeiter und Wäfler, Wählendarbeiter, Arbeitslos, Offene Stellen, Besetzte Stellen. Rows include various German states like Thüringen, Sachsen, Preußen, Bayern, etc.

In der Spiritusindustrie war der Geschäftsgang normal; ein Bericht hebt eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vormonat und dem Juni 1917 hervor.

Rafal. Infolge Scheuens der Pferde verunglückte der Bierfabrik Kollege Emil Gangel der Stadtbrauerei in Göppingen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1917. Die Statistik des Jahres 1913 umfaßte 771 Kartelle, an der Statistik für 1917 sind dagegen nur 453 beteiligt.

Den 453 an der Statistik beteiligten Kartellen gehörten am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5433 Gewerkschaften mit insgesamt 1 053 402 Mitgliedern an. Im Vorjahre wurden 837 492 Mitglieder gezählt, es ist also ein Mehr von 215 910 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind solche enge Grenzen gezogen, daß sie fast als aufgehoben angesehen werden

können. Die Versammlungstätigkeit ist denn auch sehr zurückgegangen. Von den berichtenden Kartellen wurden zusammen 445 allgemeine und 131 berufliche Versammlungen abgehalten. Auch die Förderung der Bildungsbestrebungen, zu deren Pflege besonders die Kartelle berufen sind, ist unterbunden.

Die Weltzeitung nennt auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das bekannte Regierungsblatt, mit seinen zentralen Mitteln künstlich großgezogene Organisationen, die glauben, Störungsvorwürfe gegen die Ermordung des unabhängigen Organisationsgedankens ausüben zu können.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Vollwohl, nicht kapitalistisches Monopol. Die jüngste Nummer der Fachzeitung für Schneider* fordert ungeschäm die Freigabe des Verfahrens für Zellulosegarne. Das reine Papiergewebe finde für zahlreiche Verbrauchartikel eine erfolgversprechende Verwendung, sei aber für Männerkleidung nur beschränkt brauchbar.

Hierüber im Felde. Klagen erhebt der Abgeordnete Dr. Schlittenbauer gegen Fälle von Verwilderung von Soldaten beim Verkauf von Weizenbrot seitens der Markttendereien, wie sie ihm bekannt geworden sind.

Die Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1917. Die Statistik des Jahres 1913 umfaßte 771 Kartelle, an der Statistik für 1917 sind dagegen nur 453 beteiligt. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht die der bestehenden gleichzusetzen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsdirektor, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“ Berlin O. 27, Schilderstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Köpenick 275.

Diese Woche ist der 33. Wochensbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung. Sparsamkeit mit Verbandsmaterial.

Alle Verbandsfunktionäre werden hiermit ersucht, mit den noch vorhandenen Verbandsmaterialien recht haushälterisch und sparsam umzugehen, denn die Vorräte an Papier und sonstigem Rohmaterial werden immer knapper, die Preise, die dafür gezahlt werden müssen, immer höher.

Statistische Fragebogen B. O.

Dieser Tage gehen den Zahlstellenvorständen Fragebogen B. O. nebst den dazu gehörenden Unterfragebogen zu. Die Erhebung soll diesmal nicht erst am Schlusse des Quartals, sondern sofort vorgenommen werden.

Eingänge der Hauptkasse vom 5. bis 11. August.

Göttingen 82,67; Jena 134,24; Krefeld 8,80; Neustadt (Orla) 1,-; Kirchheim 15,10; Kiel 1420,09; Bremerhaven 53,21; Greiz 121,93; Lübeck 2,40; Erfurt 426,51; Jülich 26,07; Chemnitz i. Thür. 7,20; Gardelegen 15,00; Frankfurt a. Main 60,11; Freiburg i. Baden 2,70; Blankenburg (Harz) 16,20; Freiburg i. Schles. 12,30; Stade 65,50; Wittenberge 106,-; Aschersleben 2,40; Berlin 6,95 Ml.

Richtigstellung: In letzter Nummer muß es zu Dresden 206,45 Ml. heißen.

Die Überrechnungen für das 2. Quartal haben eingesandt: Greiz, Stuttgart, Hofenheim, Chemnitz, Schwiebus, Erfurt, Jülich, Freiburg i. Schles., Gardelegen, Stade, Wittenberge, Blankenburg, Jena.

Materialverkauf.

Table with columns: Sechstelle, Material, Menge, Preis. Rows include Dortmund, Langensalza, Chemnitz, etc.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Langensalza. Die Zahlstellengeschäfte erledigt Robert Popp, Ottostr. 4. c. o. Alle Sendungen sind dorthin zu richten.

Aschersleben. Vorsitzer Herr G. Sittlinger, Hauptstr. 43.

Veranstaltungsanzeigen.

- Essen, den 17. August. Hensburg. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Fränkische Weide. 8 1/2 Uhr: „Volksgarten“, Windmühlenstraße. Greußen. 8 1/2 Uhr: „Reisenkeller“.

Nachruf.

Als weitere Opfer des Weltkrieges seien die Kollegen H. Gerdner, W. Lorenzen, G. Wrenschmann, W. Klau, Fr. Quebing, A. v. Thun. Ihre ihrem Andenken! Zahlstelle Hamburg.

Nachruf.

Bieberum hat die Zahlstelle Leipzig den Verlust von nachstehenden Kollegen zu beklagen. Es seien auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Mitglieder Otto Thieme, Herrn. Schindler. Wir betrauern mit den Hinterbliebenen den frühen Verlust und werden denselben ein dauerndes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung Leipzig.

Bierfieder für Dampfkochung. Sucht Siebdruck-Geschäften im bayr. Raum.

Advertisement for 'Prima Brauerpach' featuring 'Brauer u. Hötcher' and 'Hofbrauhaus Coburg' with details about beer quality and contact information.